

# Landshuter Zeitung

Niederbayerisches Heimatblatt für Stadt und Land · Gegründet 1849

Nummer 208

Petrus Claver, Otmar – Montag, 9. September 2013 – Luigi Pasquali

1,30 € / B 4428 A

## LOKALES

Ritterfest auf der Burg Trausnitz mit Besucherrekord

## REGIONALES

Mehrere Tote bei Unfallserie am Wochenende

## DIE SEITE DREI

Sicherheitslücke im Buckingham Palast – Polizei stoppt Prinz

## WIRTSCHAFT

Regierungschef Samaras sieht Licht am Ende des Tunnels

## SPORT

TSV 1860 München präsentiert seinen neuen Trainer Funkel

## US-Präsident wirbt vehement für Ja zu Syrien-Militärschlag

Obama will Plan gegen alle Widerstände durchsetzen  
Deutschland stimmt mit Verzögerung Erklärung zu

Washington. (dpa) Mit einer massiven Informationskampagne will US-Präsident Barack Obama den Widerstand gegen seine Syrien-Pläne im eigenen Land brechen. Obama führt heute Interviews mit sechs Fernsehsendern, bevor er am Dienstagabend eine Rede an die Nation hält. Damit will er sich die Zustimmung des Kongresses zum geplanten Militärschlag gegen das syrische Regime sichern. Bei Verbündeten sorgt der US-Fahrplan für die Vergeltungsaktion wegen mutmaßlicher Giftgasangriffe für Skepsis. Deutschland stimmte erst mit Verzögerung einer von den USA eingebrachten Syrien-Erklärung zu.

Bislang ist es alles andere als sicher, dass Obama im Kongress eine Mehrheit für den Waffengang gegen das Regime von Syriens Präsident Baschar al-Assad gewinnen kann. Sollte er die Abstimmungen in Senat und Abgeordnetenhaus verlieren, wäre das nach Einschätzung von Experten die bisher schwerste Niederlage seiner Amtszeit.

Experten rechnen kaum mit einer entscheidenden Abstimmung vor dem kommenden Wochenende. Im Senat werden erste Voten zu Verfahrensfragen frühestens Mitte der Woche erwartet. Über den Zeitplan des Abgeordnetenhauses herrscht zunächst völlige Unklarheit. Dort zeichnet sich breiter Widerstand ab.

Die zwischenzeitliche Weigerung Deutschlands vom Freitag, sich der am Rande des G20-Gipfels in St. Petersburg präsentierten Erklärung anzuschließen, sorgte international

für Aufsehen. Während die Bundesregierung darauf verwies, zunächst einen innereuropäischen Konsens erzielen zu wollen, billigten Großbritannien, Frankreich, Italien und Spanien nach US-Angaben die Erklärung gleich. Mit Blick auf den mutmaßlichen Giftgas-Einsatz bei Damaskus mit Hunderten von Toten wird darin zu „einer starken internationalen Antwort auf diesen schweren Verstoß gegen weltweit gültige Normen“ aufgerufen.

Deutschland schloss sich der Erklärung erst am Samstag an, nachdem sich die EU bei einem Außenminister-Treffen in Vilnius auf eine gemeinsame Position geeinigt hatte. In der Erklärung der EU-Minister heißt es, das Assad-Regime verfüge als Einziges über die Bestandteile der Chemiewaffen und sei auch zu deren Einsatz in größeren Mengen in der Lage.

Papst Franziskus verlangte am Samstagabend bei einer Gebetswache für den Frieden in Syrien und der Welt auf dem Petersplatz vor Zehntausenden Gläubigen ein Ende der Gewalt und des Kriegsgetöses. „Möge das Waffenrasseln aufhören! Krieg bedeutet immer das Scheitern des Friedens, er ist immer eine Niederlage für die Menschheit“, rief er der Menschenmenge zu.

Der syrische Präsident Baschar al-Assad wies indes in einem Interview des US-Senders CBS erneut den Vorwurf zurück, sein Regime habe am 21. August Giftgas eingesetzt. Er bekräftigte zugleich, dass sein Land auf einen US-Militärschlag vorbereitet sei. Seite 7



VETTEL BAUT MIT SIEG IN ITALIEN WM-FÜHRUNG WEITER AUS: Sebastian Vettel hat mit einem souveränen Sieg im Ferrari-Land Italien fast schon für eine Vorentscheidung im Kampf um seinen vierten WM-Titel in Serie in der Formel 1 gesorgt. Der Heppenheimmer Red-Bull-Pilot setzte sich am Sonntag beim Großen Preis von Italien in Monza vor seinem schärfsten WM-Verfolger Fernando Alonso im Ferrari durch. Dritter wurde Mark Webber im zweiten Red Bull. Sport

## Einkäufer begegnen der Kultur

Tausende Besucher bei 8. Landshuter Kunstnacht und „Late-Night-Shopping“

Landshut. (rüd) Am Freitag ist in der Innenstadt die 8. Landshuter Kunstnacht über die Bühne gegangen. Mehrere kulturelle Einrichtungen hatten bis 23 Uhr geöffnet und so ein niederschwelliges Angebot geschaffen, wie die Organisatoren sagten. An der Kunstnacht beteiligten sich 16 kulturelle Einrichtungen. Dieses Jahr gab es ein Novum: Die drei Organisatoren Galerie in Bewegung, Kunstverein und Neue Galerie präsentierten zum ersten Mal etwas gemeinsam: Im Rathauskeller zeigten sie Videokunst.

Zeitgleich gab es das von Innentadtgeschäftleuten angebotene „Late-Night-Shopping“. Das Konzept ging auf: Tausende waren wieder unterwegs. Kunstschaffende wie Geschäftsleute sagten übereinstimmend, dass sie sich das Publikum nicht gegenseitig streitig gemacht hätten. Im Gegenteil: Es gab so etwas wie einen Synergieeffekt. Manche Leute, die von Galerie zu Gale-



16 kulturelle Einrichtungen hatten am Freitag bis spätabends geöffnet, unter anderem auch die Neue Galerie. (Foto: rüd)

rie bummelten, hatten vollgefüllte Einkaufstaschen dabei. Während die Organisatoren der Kunstnacht begeistert waren, noch mehr Publikum als im vergangenen Jahr ange-

lockt zu haben, sagten manche Ladenbesitzer, dass der Umsatz noch besser geworden sei. Den Gastronomen gefiel die Nacht auch. Es gab kaum mehr Platz in den Cafés.

## Besucheransturm auf die offenen Denkmäler

Landshut/Regensburg. (ta) Ansturm beim „Tag des offenen Denkmals“ auch in Niederbayern und der Oberpfalz. Zehntausende von Besuchern ließen es sich am Sonntag nicht entgehen, sonst geschlossene Denkmäler und historische Bauten zu besichtigen. Bei einer Veranstaltung in Kelheim sagte Generalkonservator Egon Johannes Greipl, der Erhalt des historischen Erbes sei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Regionen. Allein in Bayern werde jedes Jahr hier eine halbe Milliarde Euro investiert. Regionales

## Steinbrück wehrt sich gegen Erpresser

SPD-Kanzlerkandidat erstattet Anzeige – Putzhilfe angeblich illegal beschäftigt

Berlin. (dpa) SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hat mit Entsetzen auf den Versuch eines Erpressers reagiert, ihn zum Rückzug von der Spitzenkandidatur zu zwingen. Die Unterstellung, seine Familie habe vor Jahren illegal eine Putzfrau beschäftigt, sei aber kein Indiz für eine politische Schmutzkampagne: „Das hat erkennbar nichts mit dem Wahlkampf konkurrierender Parteien zu tun“, sagte Steinbrück der „Saarbrücker Zeitung“. Der Täter sei wahrscheinlich eine Einzelperson aus seinem Wohnumfeld in Bonn.

Steinbrück hatte den Erpressungsversuch am Samstag öffentlich gemacht, die Familie stellte Anzeige gegen unbekannt. Polizei und Staatsanwaltschaft Bonn ermitteln

wegen Nötigung. Der anonyme Erpresser wirft Steinbrück und seiner Ehefrau Gertrud vor, vor 14 Jahren eine Putzfrau illegal beschäftigt zu haben. Er drohte damit, dies publik zu machen, falls Steinbrück nicht auf seine Kandidatur verzichte.

Die Steinbrücks wiesen die anonymen Anschuldigungen zurück. SPD-Chef Sigmar Gabriel sprach von einer Schmutzkampagne. „Dieser Erpressungsversuch ist bisher der absolute Tiefpunkt in diesem Wahlkampf“, sagte er der „Bild am Sonntag“. Er hoffe sehr, dass die Verantwortlichen dingfest gemacht und vor Gericht gestellt würden.

Steinbrück sagte nach einer Wahlkampfveranstaltung in Erfurt, er habe Anzeige erstattet, da es sich um einen strafrechtlich relevanten

Vorgang handele. Was er und seine Familie bislang im Wahlkampf erlebt hätten, „geht weit über die Belastungen und Auseinandersetzungen hinaus, was man üblicherweise wird wohl akzeptieren müssen. Dass dazu ein Erpressungsversuch gehört, ist jenseits meiner Vorstellungskraft gewesen.“

Gertrud Steinbrück wies die Vorwürfe in der „Bild“-Zeitung ausführlich zurück. Sie und ihr Mann seien Ende der 90er-Jahre nach Bonn gezogen. Da sie im Jahr 1999 durch ihren Beruf und den Umzug stark belastet gewesen sei, habe ihre ebenfalls in der Stadt lebende Mutter ihr „zum Einzugs geschenkt, dass ihre Putzhilfe für ein halbes Jahr einmal in der Woche bei uns sauber machen sollte“, wird Gertrud Stein-

brück zitiert. „Ich zahlte sie für die bei mir abgeleiteten Stunden aus und rechnete das jeweils mit meiner Mutter ab.“

Nach Ablauf des vereinbarten halben Jahres wollte Gertrud Steinbrück die Putzhilfe selbst übernehmen. Den Arbeitsvertrag habe die Frau aber abgelehnt, weil ihr Mann seinen Job und die Familie den Aufenthaltsstatus verloren hätte. Sie habe daher nur „schwarz“ arbeiten können, wollte aber wegen ihrer sehbehinderten Tochter in Deutschland bleiben, sagte Gertrud Steinbrück: „Das hat mich sehr berührt. Dennoch habe ich ihr sagen müssen, dass ich sie natürlich nicht ‚schwarz‘ beschäftigen könne. Als Trost habe ich ihr 500 DM geschenkt.“

Anzeigenservice • 0871/8502510



Vertriebsservice • 0871/8502410